Ausgabe vom 08. April 2022

Inhalt

Debatte zur Corona-Impfpflicht

Krieg in der Ukraine: Auswirkungen auf die weltweite Landwirtschaft

Integration der Flüchtenden

Weitere Anträge der CDU/CSU-Fraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Wochen waren erneut geprägt von den Geschehnissen in der Ukraine, den Folgen des Krieges und einer wieder in den Fokus geratenen Debatte zur Impfpflicht.

Wir mussten mit dem grauenhaften Massaker in Butcha bei Kiew erleben, dass der Angriffskrieg gegen die Ukraine eine neue Eskalationsstufe erreicht und damit großes menschliches Leid verursacht hat. Dennoch hören die Menschen in der Ukraine nicht auf, für ihr Leben und ihre Freiheit zu kämpfen.

In den letzten Tagen und Wochen haben die Zuschriften, Telefonanrufe und Gespräche zur Debatte um die Einführung einer Impfpflicht wieder in hohem Maße zugenommen. Am Ende mancher Gespräche stand leider die Erkenntnis, dass ein sachlicher, faktenorientierter Austausch teilweise nicht mehr möglich ist. Das bedauere ich sehr. Gerade wegen des niedrigschwelligen Zugangs zu Informationen über digitale und soziale Medien braucht es vermehrt einen anständigen, respektvollen Austausch von Meinungen und Argumenten, egal um welches Thema es sich handelt. Das ist mein Verständnis von Demokratie und Kommunikation auf Augenhöhe.

Eine allgemeine Impfpflicht gegen Covid-19 wird es nun vorerst nicht geben, denn im Bundestag fand diese Woche kein Vorschlag der verschiedenen Fraktionen eine Mehrheit. Über dieses und weitere Themen und Termine berichte ich Ihnen im Folgenden.

Ihnen und Ihren Familien darf ich bereits heute ein frohes Osterfest wünschen. Alles Gute und bleiben Sie gesund.

Ihr

Hermann Färber

Ihr Hermann Färber MdB

Die Sitzungswoche

Debatte zur Impfpflicht

Ich vertrete die Haltung, dass sich eine sofortige allgemeine Impfpflicht anhand der derzeitigen Pandemielage – weder politisch noch rechtlich – begründen lässt. Mit den in den letzten Tagen in Kraft getretenen neuen Regelungen ist es niemandem mehr zu vermitteln, dass einerseits alle Schutzmaßnahmen aufgehoben und andererseits eine Impfpflicht eingeführt werden soll.

Die Ampelparteien legten zuerst drei konkurrierende Anträge vor, von denen dann zwei zusammengelegt wurden und dann wieder eine ganz andere Zielrichtung erhielten. Das passierte zeitgleich mit der Aufhebung vieler Corona-Schutzmaßnahmen und Lauterbachs Quarantäne-Debakel. Mehr Durcheinander kann man gar nicht verursachen!

Der Antrag „Impfpflicht ab 60“ hätte eine „Impfpflicht auf Vorrat“ bedeutet, die den hohen verfassungsrechtlichen Hürden wahrscheinlich nicht standgehalten hätte. Auch die darin vorgesehene verpflichtende Beratung hätte nicht automatisch eine höhere Impfbereitschaft bedeutet. Dieser Entwurf war ein deutliches „Mehr“ an Eingriffstiefe gegenüber dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion.

Die CDU/CSU-Fraktion hat als einzige Fraktion geschlossen eine Kompromisslösung hervorgebracht, bestehend aus der Einführung eines Impfregisters für eine bessere Datengrundlage und einer intensiveren, nicht verpflichtenden, niederschwelligen Information zur Impfung. Zusätzlich sah unser Vorschlag das regelmäßige Berichten der Regierung an das Parlament über den Stand der Pandemie vor. Durch diese Berichtspflicht wäre eine engmaschige Bewertung der jeweiligen Situation gewährleistet. Sollten im Herbst tödliche Virusvarianten auftauchen und ein wirksamer Impfstoff vorhanden sein, hätte der Bundestag eine Impfpflicht in Stufen scharfschalten können – gestaffelt nach Alter, gesundheitlicher Vorbelastung und beruflichem Risiko.

Das von uns vorgeschlagene Stufenmodell des Impfmechanismus wäre geeignet und angemessen gewesen. Wir hätten damit je nach Situation auf mögliche Virusvarianten reagieren können, weil hierbei ebenso die Wirksamkeit eines Impfstoffes und etwaige Unterschiede bei vulnerablen Gruppen abgebildet gewesen wären. Unser Vorschlag war ein flexibler Ansatz, der lageangepasst hätte verändert werden können.

Der Antrag meiner Fraktion ist daher ein guter Kompromiss gewesen, mit dem man auch vielleicht die stark polarisierende gesellschaftliche Debatte hätte befrieden können.

Man darf außerdem nicht vergessen, dass die Ampel die Mehrheit im Parlament hat; für einen Beschluss brauchen sie die Stimmen der Union nicht. Wegen Bedenken bei der Haltung der Liberalen entschied sich die Bundesregierung aber dagegen einen Gesetzentwurf vorzulegen und wählte den Weg der Gruppenanträge. Ihr Antrag ist an fehlender Einigkeit gescheitert, nicht an der Union.

Wenn die Gruppen an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Union interessiert gewesen wäre, hätte es auch Raum für Kompromisse geben müssen. Man kann uns nicht immer wieder vor vollendete Tatsachen stellen und zeitgleich jegliches aufeinander Zugehen verweigern.

Zusätzlich kam die Debatte zum Thema Impfpflicht einfach viel zu spät. Wenn die Inzidenzen sinken, Krankenhäuser nicht überlastet sind und die Regierung auf Lockerungskurs ist, ist eine sofortige Impfpflicht einfach nicht mehr zu rechtfertigen.

Link zum Antrag

Den Antrag der Unionsfraktion für ein Impfvorsorgegesetz (Drucksache 20/978) finden Sie unter https://dserver.bundestag.de/btd/20/009/2000978.pdf.

Alle weiteren Informationen zur Debatte und den Abstimmungen finden Sie unter: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw14-de-impfpflicht-886566.

Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die weltweite Lebensmittelversorgung

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Sanktionen gegen Moskau haben vielfältige Folgen – von der Unsicherheit bei der Energieversorgung über stark steigende Lebensmittelpreise bis hin zu weltweiten Nahrungsmittelengpässen.

30 Prozent der Weizenexporte weltweit stammen aus der Ukraine und Russland. Die Versorgungslage wegen der Ausfälle durch den Krieg wird sich vor allem in Entwicklungsländern verschlechtern. Gestiegene Weltmarktpreise, das verringerte globale Angebot, fehlende Reservespeicher und geringe Selbstversorgungsgrade sind die Ursache.

Auf EU-Ebene wurde daher beschlossen, dass Brachflächen 2022 für den Nahrungs- und Futtermittelanbau auch unter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldünger genutzt werden können, um so die Erzeugung zu stabilisieren.

Die Bundesregierung hat bisher aber nur den Anbau von Futtermittel genehmigt. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) will auf Vorrangflächen der Kategorie "Brache" lediglich die Nutzung des Aufwuchses für Futterzwecke ausnahmsweise zulassen. Für die Areale der Kategorie "Flächen mit stickstoffbindenden Pflanzen" soll es beim Anbau solcher Kulturen zur Nutzung als Lebens- oder Futtermittel bleiben. Die restriktive Haltung wird mit dem Hinweis auf Biodiversität und Klimaschutz begründet.

Die deutschen Landwirte können so keinen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten. Dabei müssen wir doch heute schon an morgen und übermorgen denken, denn was jetzt nicht gesät wird, kann im Herbst nicht geerntet werden!

Die Sitzungswoche

Mit dem Antrag „Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten“ (https://dserver.bundestag.de/btd/20/013/2001336.pdf) hebt die Union hervor, dass die Ukraine als Kornkammer Europas auf mittlere Sicht ausfällt. Wir befürchten, dass der Ausfall von Agrarexporten und mithin steigende Preise vor allem Entwicklungs- und Schwellenländern treffen werden. Dort drohen nicht nur Hunger und Not, sondern auch politische Instabilität, Konflikte und Fluchtbewegungen. Von der Bundesregierung fordert die Union daher einen Katalog von Maßnahmen, der unter anderem den Erhalt von Versorgungsketten, einen Wiederaufbauplan für die Zeit nach dem Krieg sowie ein finanzielles Sonderprogramm für die Entwicklungsländer umfasst.

Die CDU/CSU-Fraktion verlangt von der Bundesregierung auch, die Rahmen- und Produktionsbedingungen für die Landwirte hierzulande so zu verändern, dass sie ausreichend Nahrungsmittel für möglichst viele Menschen produzieren können. So soll die Koalition die Pflicht zur Stilllegung von Agrarflächen aufheben und den Anbau aller Kulturen auf ökologischen Vorrangflächen erlauben. Die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln soll zeitweise gestattet, die Reform der europäischen Agrarpolitik um ein Jahr verschoben werden.

Darüber hinaus dürfen wir die sozialen Folgen von Preissteigerungen und Inflation nicht aus den Augen verlieren. Wir müssen die Auswirkungen der steigenden Preise für die Menschen in Deutschland stärker abfedern. Alleinerziehende, Pendler, Selbstständige, kleine und große Unternehmen, deren Geschäftsgrundlagen durch den Preisanstieg in Frage gestellt werden, brauchen eine spürbare Entlastung.

Die Sitzungswoche

Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und die Integration der Flüchtenden

Das ukrainische Volk kämpft nicht nur um sein Überleben, sondern auch für europäische Werte und Freiheit.

Die Union hat klare Forderungen an die Bundesregierung gestellt: Die Ukraine braucht mehr Waffen. Der Streit über Waffenlieferungen innerhalb der Bundesregierung zwischen Wirtschafts-, Verteidigungs- und Außenministerium muss ein Ende finden. Die Bundesregierung muss zudem Vorschläge für weitere Sanktionen gegen Russland auf den Tisch legen.

Wir müssen darüber hinaus unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland unverzüglich minimieren. Daher fordert die Union die Bundesregierung auf, hierfür endlich einen konkreten Fahrplan zur Gewährleistung der Energiesicherheit vorzulegen. In einem Antrag setzen wir uns daher auch für die Stärkung der LNG-Infrastruktur ein, um zu gewährleisten, dass unsere Gasversorgung sicher und bezahlbar bleibt.

Mit unserem Leitantrag „Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche“ zeigen wir außerdem auf, wie ukrainischen Kriegsflüchtlingen umfassend geholfen werden kann. Auch nach so vielen Wochen agiert die Ampel-Regierung ohne klare Linie, und es fehlt weiterhin eine funktionierende Koordinierung und Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Für eine umfassende Hilfe für die Opfer des Krieges müssen alle staatlichen Institutionen an einem Strang ziehen. Das sind wir den ukrainischen Kriegsflüchtlingen sowie den unermüdlichen Helferinnen, Helfern und Hilfsorganisationen schuldig. Die Hilfsbereitschaft und der Einsatz aller für das ukrainische Volk verdienen Respekt und Anerkennung.

Link zum Antrag

Antrag "Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche“
Link: https://dserver.bundestag.de/btd/20/013/2001335.pdf.

Weitere Anträge der CDU/CSU-Fraktion: Antrag zur Rohstoffversorgung

Die Potenziale der Kreislaufwirtschaft sind in Deutschland bislang noch nicht ausgeschöpft. In unserem Antrag „Rohstoffversorgung sicherer machen – Stoffkreisläufe schließen“ (nachzulesen unter: https://dserver.bundestag.de/btd/20/013/2001338.pdf) richten wir konkrete Forderungen in einer Vielzahl von Handlungsfeldern an die Bundesregierung. Wir brauchen zusätzliche Schritte, um bei der Produktgestaltung auf Abfallarmut hinzuwirken, mehr Einsatz von Sekundärrohstoffen gemeinsam mit der Wirtschaft zu erreichen, das Batterierecycling zu verbessern. Abfälle sollten künftig als Rohstoffe betrachtet werden - das ist wirtschaftlich notwendig und umwelt- und klimapolitisch geboten.

Impressionen der Sitzungswoche

Online-Sitzung der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft am 05. April
Quelle: Hermann Färber

Konstituierende Sitzung des CDU/CSU-Gesprächskreises Jagd und Fischerei
Quelle: Hermann Färber

Klausurtagung der Arbeitsgruppe EL
Quelle: Hermann Färber

Termine im April

Sitzungswochen in Berlin

04. - 08. April 2022

25. - 29. April 2022

Termine

10. April: Osterempfang der CDU Donzdorf im Schlossrestaurant

11. April: Zoom-Konferenz der JU-Bundeskommission Landwirtschaft & Ländlicher Raum

13. April: CDU-Kreisvorstandssitzung

25. April: Gespräch mit dem Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, Herrn Jörg Wojahn

27. April: Gespräch mit den Familienbetrieben Land und Forst e.V. in Berlin

28. April: Besuch des Marokkanischen Botschafters

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de

CDU